

Weiterberatung der Tabaksteuervorlage.

Der Steuerausschuß des Reichstages trat am Mittwoch in die Einzelberatung der Tabaksteuervorlage ein. Ein Antrag Müller-Fulda (Ztr.) will die Besteuerung des Tabaks ganz streichen und dafür die Zigarettensteuer bedeutend erhöhen. Es wird zunächst über Artikel 2 der Vorlage (Zigarettensteuer) beraten. Dazu liegt eine Petition vom Bund deutscher Tabaksgegner vor, die das Rauchen von einer staatlichen Genehmigung abhängig machen und Frauen unter 45 Jahren das Rauchen verbieten will. Dieses Verlangen erregt die Heiterkeit des Ausschusses. Die Fortschrittliche Volkspartei erklärt sich für den Antrag Müller-Fulda, der sich mit den Wünschen verschiedener Petitionen deckt. Während der Antrag Müller-Fulda die jetzt 5 M. betragende Steuerklasse auf 7 M. erhöhen will, will ein Antrag Arnstadt (Kons.) die 3 M.-Klasse auf 8 M. erhöhen, während ein Antrag Kreth (Kons.) auch die 5-M.-Klasse auf 8 M. erhöhen will. Ein Regierungsvertreter führt aus, daß durch die höhere Besteuerung die Selbstherstellung von Zigaretten eingeschränkt werden solle.

Eine Petition wünscht, daß der Begriff Zigaretten-Tabak gesetzlich festgelegt werde, nicht nur durch Verordnung. Ein konservativer Antrag will die Schnittbreite des Banderolsteuerfreien Tabaks von 2 auf 1 mm herabsetzen. Ein fortschrittlicher Redner erklärt es für eine starke Belästigung, wenn aller bis zu 2 mm geschnittener Tabak als Zigaretten tabak gelte. Bei der heutigen Verteuerung des Tabaks sei die Grenze für die Banderolenfreiheit von 5 auf 8 M. zu erhöhen. Das Pfeifchen des armen Mannes wolle man nicht verteuern.

Der Reichsschatzsekretär meinte, daß in den letzten Jahren doch die Abwanderung zur selbsthergestellten Zigarette festzustellen sei. Wenn man jetzt die Steuergrenze erhöhe, so müßte dem Bundesrat die Befugnis gegeben werden, bei Verbilligung des Tabaks wieder auf 5 M. herabzugehen. Ein sozialdemokratischer Abgeordneter ist gegen diese Befugnis des Bundesrats, zu dem er weniger Vertrauen habe als zum Reichstag. Die Zigaretten selbstherstellung werde bei den jetzigen Tabakpreisen sicher nicht zunehmen. Der Reichsschatzsekretär glaubt, daß der Tabak nicht so teuer bleiben werde, weil sich die Valuta wieder heben und die Knappheit der Transportmittel schwinden werde. Dem Bedenken eines Zentrumsredners gegen die Zulassung einer zu schmalen Schnittbreite schließt sich der Reichsschatzsekretär an, da sonst der Zweck des Gesetzes, Einnahmen zu schaffen, sehr gefährdet würde. Er erklärt es für besonders bedenklich, die Schnittbreite ins Gesetz zu bringen. Ein Sozialdemokrat macht darauf aufmerksam, daß die Zigarettenpapiersteuer eine Kontrolle für die Selbstherstellung von Zigaretten darstelle. Ein Zentrumsabgeordneter meint dagegen, daß auch Zigaretten aus nichtversteuertem Papier hergestellt würden, z. B. aus dem Papier der Wolffschen Telegramme. (Heiterkeit.) Der Redner schließt sich einer Anregung an, den Betrag von 7 M. in seinem Antrag durch 8 M. zu ersetzen. Ein Regierungsvertreter weist aus der Statistik nach, daß der Verbrauch an Zigarettenhülsen stark zugenommen habe, besonders jetzt in den Kriegsjahren und in den untersten Steuerklassen. Ein Sozialdemokrat führt dies auf die massenhafte Versendung billiger Zigaretten als Liebesgaben zurück. Wenn man befürchte, daß allzu viele Dachstubenbetriebe in der Zigarettenbranche entstehen könnten, die das Monopol für die Zukunft sehr erschweren, so sei dies jetzt nicht zu befürchten, da die polnischen und galizischen Juden usw., die solche Kleinbetriebe eingerichtet haben, jetzt gar keinen Tabak bekämen. Den Feinschnitt bloß für deutschen Tabak zuzulassen, gehe nicht an, da er vermischet werden müsse. — Die Kommission beschloß einstimmig, den Satz auf 8 M. und für feingeschnittenen Tabak die Schnittbreite auf einen Millimeter festzusetzen.

Ein fortschrittlicher bayerischer Abgeordneter spricht über die Kriegsaufschläge für Betriebe, die erst nach dem 30. September 1915 angemeldet worden sind. Irgendeine Befürchtung für die deutsche Industrie vor der Konkurrenz des österreichischen Tabakmonpols sei nicht zu hegen, das Auswärtige Amt habe selbst vor einigen Jahren angeregt, daß die K. K. Tabakregie sich mit der deutschen Industrie verbinde. Der Reichsschatzsekretär gibt hierzu eine Erklärung ab, die als vertraulich behandelt wird, weil noch Verhandlungen schweben.

Die weitere Debatte beschäftigte sich eingehend mit der Höhe dieser Kriegszuschläge und mit der Zigarettenpapiersteuer. Die Abstimmung und die Weiterberatung wurden auf Donnerstag vormittag vertagt.